

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (1999)

Heft: 2: Privat? : Fachtagung Privatisierung von Elektrizitätswerken : Chancen und Risiken

Artikel: Das vorläufige Ende der Privatisierung

Autor: Gröll, Reinhard

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586443>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Das vorläufige Ende der Privatisierung

Die Stadtwerke der nordbayerischen Universitätsstadt Erlangen sind bereits seit 1967 eine Aktiengesellschaft. Das Aktienkapital liegt zu hundert Prozent in öffentlicher Hand. Seit sechs Jahren wollen die CSU und die FDP die lukrativen Teile der Werke verkaufen und mit dem Erlös die Löcher in der Stadtkasse stopfen. Drei Viertel der BürgerInnen votierten anlässlich einer Abstimmung gegen den Verkauf und machten dem bürgerlichen Ansinnen einen dicken Strich durch die Rechnung. Reinhard Gröll, kaufmännischer Leiter der Erlanger Stadtwerke AG, über das vorläufige Ende der Privatisierung.

Die Erlanger Stadtwerke AG sind zuständig für die Bereiche Strom-, Wärme, Erdgas- und Wasserversorgung und betreiben den öffentlichen Stadtverkehr. Seit 1967 sind die Erlanger Stadtwerke eine Aktiengesellschaft. Das Aktienkapital ist zu 100 Prozent im Eigentum der Stadt Erlangen. Das Thema "Privatisierung" begann in Erlangen vor sechs Jahren. Nachdem es bei den Überlegungen in Erlangen nur um den Teilverkauf der Stadtwerke gegen Geld ging, wurde von den KritikerInnen der Begriff "Teilveräußerung" favorisiert.

Finanzprobleme in Erlangen

Die finanzielle Situation der Stadt Erlangen ist geprägt durch die ständig steigenden Kosten für den öffentlichen Nahverkehr, die soziale Belastung durch die Lasten der deutschen Einheit, die niedrigeren Steuereinnahmen und die Folgen der Globalisierung. Deshalb kam es im Sommer 1993 im Erlanger Stadtrat zu ersten Überlegungen, ob eine "Teilveräußerung" der Erlanger Stadtwerke zur Entlastung des städtischen Haushalts beitragen könnte. Im Aufsichtsrat der Stadtwerke (besetzt mit 2/3 Stadtratsmitgliedern und 1/3 Arbeitnehmern)

wurde 1994 beschlossen, ein Gutachten zur Wertermittlung eines 25 Prozent-Anteils und den Folgen einer Teilveräußerung erstellen zu lassen. Dabei muss man wissen: Bei einer eventuellen Teilveräußerung ging es nur um die mit Gewinn arbeitenden Sparten Strom, Wärme, Erdgas und Wasser; die Verlustbereiche Stadtverkehr und Hallenbad waren von Verkaufsüberlegungen ausgenommen.

Kurzichtiges Gutachten

Das Beratungsunternehmen, das damals den Jahresabschluss der Stadtwerke prüfte, wurde mit der Erstellung des Gutachtens beauftragt. Das Gutachten bestand aus der Ermittlung des Ertragswertes der vier Versorgungssparten. Es sah eine Ausgliederung der Versorgungssparten in eine neue Gesellschaft vor, an der die bisherigen Stadtwerke zu 75 Prozent und der neue Beteiligungspartner zu 25 Prozent beteiligt sein sollten.

Das Gutachten kam zum Schluss, dass "die Versorgungs-GmbH für einen langen Zeitraum Kapitaleinlagen nicht benötigen würde". Diese Aussage war verlockend für die Befürworter der Teilveräußerung, wäre doch zumindest für einige Jahre ein städtisches Finanzproblem gelöst. Doch das Gutachten zeigte nur einen Zeitraum von 5 Jahren auf und es hat die notwendige Finanzierung des öffentlichen Stadtverkehrs weiterhin durch die Stadt unterstellt.

Dagegen wurden im Gutachten die Beteiligung eines starken Partners als positiv herausgestellt. Tatsächlich war man zu diesem Zeitpunkt bereits mit zwei Interessenten in detaillierten Verhandlungen. Dies war einerseits

die Thüga, ein Tochterunternehmen der PreussenElektra sowie der Stromvorlieferant, die EVO, Energieversorgung Oberfranken.

Langfristige Analyse

Die im Frühjahr 1995 geführten kontroversen Diskussionen im Aufsichtsrat der Stadtwerke und die Überlegungen, Teile eines Veräußerungserlöses für den städtischen Haushalt zu verwenden, haben mich als Mitglied im Aufsichtsrat veranlasst, die betriebswirtschaftlichen Auswirkungen detaillierter und langfristiger aufzuzeigen. Das Ergebnis meiner Analysen kann wie folgt zusammengefasst werden: Eine Teilveräußerung zum Ertragswert bringt keinen betriebswirtschaftlichen Vorteil für Stadtwerke. Eine teilweise oder vollständige Verwendung des Veräußerungserlöses für den städtischen Haushalt würde eine vorzeitige Verwendung erst in Zukunft zu erwartender Gewinne darstellen und zu Lasten der kommenden Generation gehen.

Ein finanzieller Vorteil wäre auf Dauer nur dann gegeben, wenn ein Beteiligungsinteressent bereit wäre, einen wesentlich über dem Ertragswert-Anteil liegenden Kaufpreis für die Beteiligung zu bezahlen. Der über dem Ertragswertanteil liegende Kaufpreisanteil könnte dann als Vorteil dem städtischen Haushalt zugute kommen.

Öffentliches Hearing

In einem öffentlichen Hearing hatten dann BefürworterInnen und KritikerInnen die Gelegenheit zu Statements. Interessant dabei war, dass zu diesem Hearing auch die Vorstände der beiden Interessenten Thüga und EVO eingeladen waren. Diese verschwiegen dabei nicht, dass sie selbstverständlich Eigeninteressen in Form von Gewinnmaximierung und Absatzsicherung in dem sich abzeichnenden Stromwettbewerb hatten.

Hier zeichnete sich aus der Diskussion bereits eine eindeutige Polarisierung der Positionen ab. Während die CSU und FDP weiterhin die bayerische Linie vertrat, Anteile der öffentlichen Hand an Wirtschafts-

Erlangen ist eine Universitätsstadt mit knapp über 100.000 EinwohnerInnen und liegt im Städtedreieck Nürnberg - Fürth - Erlangen in Nordbayern. Sie ist stark geprägt durch die Universität (zweitgrößte Universität in Bayern) sowie dem Standort Siemens mit den Unternehmensbereichen Kraftwerks-, Medizin- und Automatisierungstechnik.



“Drei Viertel der BürgerInnen sprachen sich gegen eine Teilveräusserung aus.”

Reihard Gröll, Leiter der Erlanger Stadtwerke AG

unternehmen zu verkaufen, sahen die SPD und die Grünen einerseits keine betriebswirtschaftliche Notwendigkeit und andererseits die Gefahr einer zu starken Einflussnahme der Stromkonzerne auf die örtliche Energiepolitik. Kurz darauf lehnte der Stadtrat den CSU-Antrag für eine Teilveräusserung mit einer Stimme Mehrheit ab.

BürgerInnen wehren sich

Ein neues Kapitel entstand, als 1996 Neuwahlen des Stadtrates stattfanden. Bei den Wahlen gab es einen Machtwechsel zugunsten der CSU und der FDP. Die Teilveräusserung gehörte nun zum 10-Punkte-Programm des neuen Oberbürgermeisters. Deshalb bildete sich eine BürgerInnen-Initiative, um die mit einem BürgerInnenbegehren die Teilveräusserung zu verhindern.

Unbeeindruckt von der Bürgerinitiative erteilte der Stadtrat im Juli 1996 einen Verhandlungsauftrag an die Verwaltung mit dem Ziel einer Teilveräusserung von bis zu 40 Prozent an den Versorgungssparten. Man erhoffte sich einen über dem Ertragswert liegenden Veräusserungserlös. Der Ertragswert sollte zur Kapitalerhöhung in die Versorgungsgesellschaft fließen; der sog. “Mehrwert” sollte dem städtischen Haushalt zugute kommen. Es wurde auch gleich die Verwendung vorgeschlagen (1/3 Soziales, 1/3 Kulturelles, 1/3 Schuldenabbau). Nach dem eindeutigen Stadtratsbeschluss begann die Bürgerinitiative mit der Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren,

das einen Bürgerentscheid zum Ziel hatte.

Die Erlanger Diskussionen verursachten landes- und bundesweites Interesse. In vielen Stadtparlamenten anderer Städte bestanden ähnliche Überlegungen oder waren Teilveräusserungen bereits vollzogen. Die grossen Stromerzeuger boten sich mit ihrer enormen Kapitalausstattung als die idealen Partner und Helfer aus der Not der Kommunen an. Den kommenden Wettbewerb bezeichneten sie als das Ende der kommunalen Stadtwerke; diese hätten nur mehr eine Chance mit einem starken Partner, der sie schützt und Know-how und Synergien bringt. Die örtlichen Befürworter eines Verkaufs begründeten diesen auch damit, dass noch verkauft werden soll, bevor die Stadtwerke nichts mehr wert sind.

Europaweites Verkaufsangebot

Anders als in der ersten Phase wollte sich der neue Oberbürgermeister nicht nur auf Verhandlungen mit EVO und Thüga beschränken, sondern durch das Verkaufsangebot an einen breiteren Interessentenkreis auch den Mehrwert erhöhen. Eine entsprechende Anzeige schaltete die Stadt Erlangen im März 1997 im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften. Daneben hat die Stadt in direkten Anschreiben an einige in- und ausländische Unternehmen einen 40 Prozent-Stadtwerke-Anteil direkt zum Verkauf angeboten.

Obwohl man sich mehr Angebote erhoffte, haben insgesamt 10 Unter-

nehmen ein Kaufinteresse bekundet. Darunter waren auch 2 ausländische Energieunternehmen.

Im April 1998 wurden die erforderlichen Unterschriften des BürgerInnenbegehrens eingereicht. Damit war die Beschlussfassung im Stadtrat blockiert. Der Stadtrat hat das Bürgerbegehren im Mai 1998 für zulässig erklärt. Als Termin für den Bürgerentscheid wurde der 26. Juli 1998 festgelegt. Jetzt entstand eine hitzige Debatte in der Öffentlichkeit. Nur wenige Wochen vor dem Entscheid bildete sich noch eine Gegen-Bürgerinitiative aus CSU- und FDP-Mitgliedern. Diese begannen mit der Unterschriftensammlung für ein zweites Bürgerbegehren für eine Teilveräusserung. Dies veranlasste die Stadtverwaltung zu der Überlegung, gleichzeitig zwei Bürgerbegehren an einem Wahltag zur Entscheidung zu stellen und eine dritte Entscheidung für die Verwendung eines eventuelle Mehrwertes durch die Bürger herbeizuführen. Dies wurde jedoch aus rechtlichen Bedenken doch fallen gelassen.

BürgerInnen gegen Verkauf

Rund 75 Prozent der BürgerInnen sprachen sich in der Abstimmung gegen eine Teilveräusserung aus. An diese Entscheidung ist der Stadtrat drei Jahre lang gebunden. Dies bedeutete das vorläufige Ende eines Teilverkaufs der Erlanger Stadtwerke AG. Ob in zweieinhalb Jahren das Thema erneut auf die Tagesordnung des Stadtrates kommt, ist heute nicht vorherzusagen. □